

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Anton Baron AfD**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Soziales und Integration**

### **Forderungen aus dem Landkreis Schwäbisch Hall nach einer Hotspot-Strategie**

#### **Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die bisherigen Anstrengungen im Landkreis Schwäbisch Hall, um das dortige Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen?
2. Wäre eine rasche Belieferung des Landkreises Schwäbisch Hall mit Impfstoffen, idealerweise für 70 Prozent der Bevölkerung, nicht prinzipiell aufgrund großer derzeitiger Reserven realisierbar?
3. Falls eine priorisierte Impfstoffbelieferung nach Frage 2 realisierbar wäre – in welchem Ausmaß soll diese stattfinden?
4. Falls gar keine priorisierte Impfstoffbelieferung des Landkreises Schwäbisch Hall stattfinden soll – wieso ist das nicht der Fall, auch verglichen mit ebenfalls verstärkt betroffenen und daher vorzugsweise belieferten Landkreisen in Bayern entlang der tschechischen Grenze?
5. Ist es nach ihrer Auffassung kurzfristig realisierbar und auch sinnvoll, in verstärkt betroffenen Gebieten schon jetzt Impfungen auch in Hausarztpraxen (natürlich nur mit den für diese geeigneten Impfstoffen) zu ermöglichen?
6. Ist es für sie nachvollziehbar und spricht es aus ihrer Sicht für eine durchdachte und im Sinne des Landes Baden-Württemberg erfolgte Impfstoff-Bestellpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union, dass ein Kreisimpfzentrum im Allgemeinen und eines im Landkreis Schwäbisch Hall im Speziellen lediglich eine Auslastung von 20 Prozent aufweist?
7. Welche alternativen Pläne hat die Landesregierung, um den Kreis Schwäbisch Hall, den am stärksten betroffenen Landkreis Baden-Württembergs, in dieser Situation zu unterstützen?

8. Welche Strategie hat die Landesregierung ansonsten für sogenannte Hotspot-Regionen, insbesondere abgesehen von weiteren Einschränkungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens?

26. 03. 2021

Baron AfD

Begründung:

Der Kreistag, die Oberbürgermeister und die Bürgermeister im besonders stark von der Coronapandemie betroffenen Landkreis Schwäbisch Hall haben sich in einer Resolution für eine Hotspot-Strategie bzw. für besondere Maßnahmen für ihren Landkreis ausgesprochen, um das dortige Infektionsgeschehen einzudämmen. Über die Maßnahmen hinaus, die der Kreis selbst bereits getroffen hat, wird nämlich insbesondere die priorisierte Belieferung des Landkreises und seiner zwei Impfzentren gefordert, zumal es im Kreisimpfzentrum ungenutzte Kapazitäten großen Ausmaßes gebe und auch Impfungen in Hausarztpraxen vorstellbar seien. Ziel soll sein, möglichst kurzfristig 70 Prozent der Bevölkerung des Landkreises Impfstoff zur freiwilligen Impfung zur Verfügung zu stellen, um durch eine Herdenimmunität eine Entlastung zu schaffen.

Antwort

Mit Schreiben vom 19. April 2021 Nr. 1-0141.5-016-10039 beantwortet das Ministerium für Soziales und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Wie beurteilt sie die bisherigen Anstrengungen im Landkreis Schwäbisch Hall, um das dortige Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen?*

Zur wirksamen Begrenzung bzw. Eindämmung eines aktiven Infektionsgeschehens müssen umfangreiche und vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, die hinsichtlich ihres Erfolges zumeist nur im Gesamten betrachtet und bewertet werden können. Zu einem zielorientierten Maßnahmenbündel gehören u. a. Quarantänemaßnahmen bei Erkrankten und Kontaktpersonen, die Reduzierung der Kontaktmöglichkeiten im Allgemeinen („Lock-Down“), die Durchführung von Impfungen sowie Testungen um ggf. asymptomatisch Erkrankte frühzeitig entdecken zu können. Die zuständigen Behörden haben umfassende Maßnahmen im Rahmen von Allgemeinverfügungen, wie z. B. eine Ausgangsbeschränkung seit dem 20. März 2021, angeordnet.

In der Stadt Schwäbisch Hall gibt es zwei kommunale Testzentren sowie ein weiteres Testangebot. Dazuhin gibt es im Landkreis eine Reihe weiterer Testzentren, deren Zahl sich aktuell dynamisch entwickelt.

Eine Beurteilung zur Wirksamkeit der zur Eindämmung des Infektionsgeschehens getroffenen Maßnahmen ist erst zeitversetzt möglich.

*2. Wäre eine rasche Belieferung des Landkreises Schwäbisch Hall mit Impfstoffen, idealerweise für 70 Prozent der Bevölkerung, nicht prinzipiell aufgrund großer derzeitiger Reserven realisierbar?*

Das Ministerium für Soziales und Integration hat die Impfzentren angewiesen, aktuell keine Reserven vorzuhalten. Jeglicher Impfstoff, der nach Baden-Württemberg kommt, wird schnellstmöglichst verimpft. Eine Ausnahme bildet der Impfstoff Moderna, der aufgrund seiner geringen Liefermengen eine gewisse Pufferbildung erfordert.

Im Landkreis Schwäbisch Hall ist neben dem Kreisimpfzentrum in Wolpertshausen das Zentrale Impfzentrum in Rot am See angesiedelt. Der Landkreis Schwäbisch Hall ist somit der einzige Landkreis in vergleichbarer Größe, in dessen Bereich sich zwei Impfzentren befinden.

*3. Falls eine priorisierte Impfstoffbelieferung nach Frage 2 realisierbar wäre – in welchem Ausmaß soll diese stattfinden?*

Eine priorisierte Impfstoffbelieferung ist aufgrund der in Antwort zu Frage 2 genannten Gegebenheiten nicht möglich.

*4. Falls gar keine priorisierte Impfstoffbelieferung des Landkreises Schwäbisch Hall stattfinden soll – wieso ist das nicht der Fall, auch verglichen mit ebenfalls verstärkt betroffenen und daher vorzugsweise belieferten Landkreisen in Bayern entlang der tschechischen Grenze?*

Die Situation im Landkreis Schwäbisch Hall war mit der Lage in den bayerischen Landkreisen entlang der tschechischen Grenze nicht vergleichbar.

Auf dem sog. Impfgipfel vom 19. März 2021 haben Bund und Länder beschlossen, ein gesondertes Kontingent an Impfdosen an fünf Bundesländer weiter zu verteilen: das Saarland und Rheinland-Pfalz sowie Bayern, Sachsen und Thüringen.

Grundlage dieses Beschlusses war das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern, den Eintrag von Virusmutanten durch Pendler aus Nachbarstaaten und damit die Verbreitung dieser Mutanten in Deutschland zu verhindern. Besonders betroffen waren zum damaligen Zeitpunkt das Saarland und Rheinland-Pfalz mit Grenze zum französischen Département Moselle. Dort war ein hohes Infektionsgeschehen auf Grundlage der südafrikanischen Variante des SARS-CoV-2-Virus zu beobachten. Auch war zum Zeitpunkt des Beschlusses Tschechien das Nachbarland mit dem höchsten Infektionsgeschehen. Die Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner lag oberhalb von 700. Es war im gemeinsamen Interesse von Bund und Ländern, den anhaltend hohen Infektionseintrag nach Deutschland in dieser Grenzregion zu reduzieren.

*5. Ist es nach ihrer Auffassung kurzfristig realisierbar und auch sinnvoll, in verstärkt betroffenen Gebieten schon jetzt Impfungen auch in Hausarztpraxen (natürlich nur mit den für diese geeigneten Impfstoffen) zu ermöglichen?*

Bund und Länder haben sich am 19. März 2021 darauf verständigt, die Arztpraxen ab der 14. Kalenderwoche intensiv in das Impfgeschehen einzubeziehen. Dies ist inzwischen geschehen. Ab Mai 2021 wird die Impfstoffmenge an die Arztpraxen anwachsen.

Baden-Württemberg hat hierzu bereits frühzeitig die Weichen für einen reibungslosen Übergang der Impfungen in die Hausarztpraxen gestellt. Am 8. März 2021 startete das Pilotprojekt „Impfen in Praxen“ des Ministeriums für Soziales und Integration, der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Kommunalen Landesverbände zur Ausweitung der Impfungen in die Regelversorgung. Im Pilotprojekt wurden in rund 40 Praxen im Land über 80-jährige Patientinnen und Patienten – und wo diese bereits geimpft sind, auch über 70-Jährige – geimpft. Die Personen sind in der Regel Patientinnen und Patienten der jeweiligen Arztpraxis.

*6. Ist es für sie nachvollziehbar und spricht es aus ihrer Sicht für eine durchdachte und im Sinne des Landes Baden-Württemberg erfolgte Impfstoff-Bestellpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union, dass ein Kreisimpfzentrum im Allgemeinen und eines im Landkreis Schwäbisch Hall im Speziellen lediglich eine Auslastung von 20 Prozent aufweist?*

Bedingt durch die zu geringen und teilweise auch noch schwankenden Impfstoffliefermengen, das temporäre, ehemalige Vorhalten einer Impfstoffreserve sowie dem zwischenzeitlichen Stopp der Impfungen mit dem AstraZeneca-Impfstoff war es bis dato nicht möglich, die Impfzentren, auch rechnerisch, vollumfänglich auszulasten.

Aktuell ist zu beobachten, wie mit zunehmenden Impfstoffmengen die Auslastung der Impfzentren kontinuierlich ansteigt und sich stufenweise einer Vollauslastung annähert.

Die Landesregierung bewertet die Impfkampagne in EU, Bund und Land als eine noch nie dagewesene Herausforderung, bei der es unvermeidlich ist, auf der Grundlage von optimistischen Prognosen Entscheidungen für eine schnellstmögliche Impfung zu treffen. Es würde dagegen nicht für durchdachte Politik sprechen, wenn die Impfzentren so klein dimensioniert worden wären, dass sie bereits bei geringen Impfstoffmengen voll ausgelastet sind.

*7. Welche alternativen Pläne hat die Landesregierung, um den Kreis Schwäbisch Hall, den am stärksten betroffenen Landkreis Baden-Württembergs, in dieser Situation zu unterstützen?*

*8. Welche Strategie hat die Landesregierung ansonsten für sogenannte Hotspot-Regionen, insbesondere abgesehen von weiteren Einschränkungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens?*

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Sieben-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner steigt auch in Baden-Württemberg kontinuierlich und hat den Wert von 100 deutlich überschritten. Immer mehr Kommunen und Kreise haben mit steigenden Infektionszahlen zu kämpfen.

Die Strategie des Landes Baden-Württemberg ist die konsequente Umsetzung und Anwendung der Maßnahmen, die Bund und Länder bei ihrem Treffen am 3. bzw. 22. März 2021 beschlossen haben.

Elementare Bestandteile sind dabei die konsequente Umsetzung der Teststrategie sowie die weiterhin schnelle Realisierung der vielfältigen Maßnahmen der Impfkampagne.

In sogenannten Hotspot-Regionen können die zuständigen Gesundheitsämter auf Basis der jeweils aktuellen Infektionslage entscheiden, welche Maßnahmen zusätzlich erforderlich sind.

Lucha

Minister für Soziales  
und Integration